

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/KXIV/232.

8. Dezember 1970

Ein guter Dienst an unserem Volke

Zwei Drittel der Bevölkerung bejahen den
deutsch-polnischen Vertrag

Seite 1 / 42 Zeilen

Die Standpunkte des Heinrich Köppler

Klarstellungen zu einer Kritik des NRW-
Oppositionsführers

Von Johannes Rau MdL

Minister für Wissenschaft und Forschung des
Landes Nordrhein-Westfalen und Mitglied des
SPD-Bundesvorstandes

Seite 2 und 3 / 65 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt zum deutsch-polnischen Vertrag

Seite 4 und 5 / 90 Zeilen

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt:

Ehrike: Ein neuer vorwärts gewandter Anfang
"Personen unbestreitbarer deutscher Volkszu-
gehörigkeit"

114 Aussiedler aus Oberschlesien

Kreisen heute

Verschärfter ideologischer Kampf

Bundesrat stimmt 23. LAG-Novelle zu

Deutscher Kulturverband unter neuer Leitung

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Presserhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telefax: 885 846/885 847
885 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Ein guter Dienst an unserem Volke

Zwei Drittel der Bevölkerung befürworten den deutsch-polnischen Vertrag

66 vH. der Westdeutschen halten das deutsch-polnische Abkommen für notwendig oder gar überfällig, 20 vH. meinen, die Unterzeichnung wäre voreilig gewesen, und nur vier vH. betrachten das Abkommen für schädlich. Dieser repräsentative Test, der die aktuelle Meinung und Stimmung der Bundesbevölkerung in ein paar faßbare Zahlen konzentriert, findet seine Akzentuierung in der Feststellung, daß 78 vH. der Bundesdeutschen den Vertrag von Warschau als den Beginn der Aussöhnung zwischen den beiden Völkern bewerten.

Diese Zahlen werden hier ganz nüchtern verzeichnet, weil sie mit aller Wünschenswertesten Deutlichkeit vorzeigen, wie die 60 Millionen Bundesdeutschen, zu denen alle Heimatvertriebenen und Flüchtlinge integriert gehören, den zweiten Akt des historischen Unternehmens der sozialliberalen Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Willy Brandt tatsächlich beurteilen, das Verständnis und Aussöhnung auch mit den ehemaligen Kriegsgegnern im Osten Europas anstrebt und verwirklichen will. Mit diesen Zahlenfakten werden wir alle uns selbst zu konfrontieren und auseinanderzusetzen haben, ob wir nun Befürworter oder Gegner des Warschauer Abkommens sind. Dabei darf verbindlich davon ausgegangen werden, daß die bei weitem Überwiegende Mehrheit der Bundesdeutschen, von einigen isolierten Grüppchen abgesehen, die Verständigung und Aussöhnung gerade mit dem polnischen Volk zur Maxime ihres politischen Willens gemacht hat.

Es geht in der Auseinandersetzung, also nur um die Differenzierung des Weges, den wir Bundesdeutschen zu dieser Aussöhnung einzuschlagen haben. Das aber ist eine Auseinandersetzung, die nicht mehr den politisch-historischen Kern des Willens berührt, in dem wir uns alle eins sind. Die Initiatoren und die Befürworter des Warschauer Vertrages können mit einer Zweidrittel-Zustimmung der Bundesbevölkerung zu der Wahl ihres Weges rechnen, und fast vier Fünftel sind überzeugt, daß dieser Weg der richtige Beginn zur Aussöhnung mit dem polnischen Volk ist. Das aber heißt, daß Willy Brandt auf festen Boden stand, als er am Abend des 7. Dezember 1970 in seiner Fernsehansprache an alle seine Mitbürgerinnen und Mitbürger erklärte, daß dieser Vertrag und diese Politik ein guter Dienst an unserem Volke seien, "und vor allem ein Dienst für die, die nach uns kommen".

Die Standpunkte des Heinrich Köppler

Klarstellungen zu einer Kritik des NRW-Oppositionsführers

Von Johannes Rau MdL

Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen und Mitglied des SPD-Bundesvorstandes

Nordrhein-Westfalens Oppositionsführer Heinrich Köppler gibt sich von Zeit zu Zeit den Anschein, als lese er nur Überschriften. Dabei müssen ihm natürlich etwas kompliziertere Sachverhalte unklar bleiben. Unversehens steht er dann auf der falschen Seite.

Solches widerfährt ihm zum Beispiel mit seiner Behauptung, Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister habe die Professoren an der Kölner Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät angegriffen, als diese einen einwöchigen Vorlesungstreik beschlossen hatten. In Wirklichkeit waren einige Professoren dabei, gegen den Entwurf zur Personalstruktur an den Hochschulen zu streiken, obwohl ihnen Gespräche darüber ausdrücklich zugesichert waren. Wenn Professoren den Streik an die Stelle der Diskussion setzen und Herr Köppler stellt sich hinter sie: Steht er dann richtig?

Standortschwierigkeiten hat Herr Köppler auch bei den aufblackernden Streiks der Studenten an den Höheren Fachschulen in Nordrhein-Westfalen. Gestreikt wurde gegen die Überlegungen zu einer allgemeinen Rahmenprüfungsordnung für die künftigen Fachhochschulen, die der Unterausschuß eines Ausschusses der Kultusministerkonferenz sich gemacht hatte. Der Vertreter des Landes in diesem Unterausschuß hat dem kritisierten "Entwurf" in der Frage der Zwischenprüfung nicht zugestimmt. Über die Rahmenprüfungsordnung wird mit den Betroffenen gesprochen worden, bevor das Land in der Kultusministerkonferenz Stellung bezieht. Wenn Herr Köppler Studenten verteidigt, deren Streiks ein so offensichtliches Mißverhältnis zum Streikgrund aufweisen, miß man sich fragen: Steht er denn hier richtig?

Mit beiden Beinen fest auf einer Seite steht Herr Köppler jedenfalls mit seinen Erklärungen zur Gründung des Bundes "Frei-

heit der Wissenschaft". Demjenigen, der zunächst einmal fragt, ob dieser Bund "der Klärung der Sachverhalte oder der Polarisierung im Hochschulbereich" dient, wirft er einen "klaren Mangel an Differenzierungsvermögen" vor. Er dagegen hält die Gründung des Bundes pauschal für eine "wertvolle Initiative für das sachgerechte Vorantreiben der notwendigen Reformen". Das ist zwar ein fester Standpunkt, aber leider auch eine etwas debalancierte Logik.

Auf dünnem Eise steht Herr Köppler dagegen mit seinem Vorwurf, der NRW-Wissenschaftsminister sei untätig geblieben. Bei der Lektüre der Überschriften konnte ihm auch nicht auffallen, daß "Government by discussion" zum Ziele der sozialdemokratisch geführten Regierung des Landes gehört. Die Reformen der Privatschulen, die Errichtung der Fachhochschulen, der Aufbau und die Struktur von acht neuen Universitäten, die Reform des Klinikwesens usw. werden mit den Betroffenen diskutiert, bevor sie Gesetz werden. Nachdem er die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen dazu gehört hat, wird der Minister für Wissenschaft und Forschung noch in diesem Monat seine Vorstellungen zur Aufbau und Struktur der neuen Universitäten vorlegen. In diesem Monat wird auch das Fachhochschulerrichtungsgesetz ins Kabinett gebracht. Personalstrukturreform und Reform des Klinikwesens werden in den ersten Monaten des Jahres 1971 vorgestellt werden. Daß der Streit um das Weiterstudium von etwa 100 Medizinstudenten an der Universität Münster zur Befriedigung aller beigelegt werden konnte, sei nur am Rande erwähnt, aber nicht vergessen. Das alles geschieht vor dem Hintergrund einer Haushaltssteigerung für das Ministerium für Wissenschaft und Forschung in Nordrhein-Westfalen von mehr als 40 vH. gegenüber dem Jahr 1970.

Herr Köppler sieht in den Aktionen des Wissenschaftsministeriums keine Taten, sondern nur "gelegentliche Angriffe in wechselnde Richtungen". Er allerdings hat mit seiner Zielrichtung keine Mühe. Denn die liegt fest, bevor er die Sachverhalte überhaupt zur Kenntnis genommen hat. Kann er vielleicht die Taten des Wissenschaftsministers deshalb nicht zur Kenntnis nehmen, weil er bereits vorher zur Erkenntnis der Tatenlosigkeit gekommen ist, weil für ihn - wie Morgenstern sagt - "nicht sein kann, was nicht sein darf"?

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Willy Brandt zum deutsch-polnischen Vertrag

Wir bringen den Wortlaut der Ansprache von Bundeskanzler Willy Brandt anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages, 7. Dezember 1970

"Ich bin mir bewußt: Dies ist eine schwere Reise. Für eine friedliche Zukunft wird sie von Bedeutung sein.

Der Vertrag von Warschau soll einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern. Er soll den Weg dafür öffnen, daß getrennte Familien wieder zusammenfinden können. Und daß Grenzen weniger trennen als bisher.

Und trotzdem: Dieser Vertrag konnte nur nach ernster Gewissenerforschung unterschrieben werden. Wir haben uns nicht leichtem Herzens hierzu entschieden. Zu sehr sind wir geprägt von Erinnerungen und gezeichnet von zerstörten Hoffnungen. Aber guten Gewissens, denn wir sind überzeugt, daß Spannungen abgebaut, Verträge über Gewaltverzicht befolgt, die Beziehungen verbessert und die geeigneten Formen der Zusammenarbeit gefunden werden müssen, um zu einer europäischen Friedensordnung zu gelangen.

Dabei muß man von dem ausgehen, was ist; was geworden ist. Auch in Bezug auf die Westgrenze Polens. Niemand hat uns zu dieser Einsicht gezwungen. Wir sind mündig geworden. Es geht um den Beweis unserer Reife und um den Mut, die Wirklichkeit zu erkennen.

Was ich im August Ihnen aus Moskau gesagt habe, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, gilt auch für den Vertrag mit Polen: Er gibt nichts preis, was nicht längst verspielt worden ist. Verspielt nicht von uns, die wir in der Bundesrepublik Deutschland politische Verantwortung tragen und getragen haben. Sondern verspielt von einem verbrecherischen Regime, vom Nationalsozialismus.

Wir dürfen nicht vergessen, daß dem polnischen Volk nach 1939 das Schlimmste zugefügt wurde, was es in seiner Geschichte hat durchmachen müssen. Dieses Unrecht ist nicht ohne Folgen geblieben.

Großes Leid traf auch unser Volk, vor allem unsere ostdeutschen Landsleute. Wir müssen gerecht sein: Das Schwerste Opfer haben jene gebracht, deren Väter, Söhne oder Brüder ihr Leben verloren haben. Aber nach Ihnen hat am bittersten für den Krieg bezahlt, wer seine Heimat verlassen mußte.

Ich lehne Legenden ab, deutsche wie polnische: Die Geschichte des deutschen Ostens läßt sich nicht willkürlich

umschreiben.

Unsere polnischen Gesprächspartner wissen, was ich Ihnen zu Hause auch noch einmal in aller Klarheit sagen möchte: Dieser Vertrag bedeutet nicht, daß wir Unrecht anerkennen oder Gewalttaten rechtfertigen. Er bedeutet nicht, daß wir Vertreibungen nachträglich legitimieren.

Ressentiments verletzen den Respekt vor der Trauer um das Verlorene - verloren in Schmerzen, Krieg und ach, in uner-schöpften Tränen", wie es der Schlesier Andreas Gryphius am Ende des 30-jährigen Krieges sagte.

Niemand kann sich dieser Trauer entziehen. Uns schmerzt das Verlorene. Und das leidgeprüfte polnische Volk wird unseren Schmerz respektieren.

Namen wie Auschwitz werden beide Völker noch lange begleiten und uns daran erinnern, daß die Hölle auf Erden möglich ist; wir haben sie erlebt. Aber gerade diese Erfahrung zwingt uns, die Aufgaben der Zukunft entschlossen anzupacken. Die Flucht vor der Wirklichkeit schafft gefährliche Illusionen.

Ich sage: Das Ja zu diesem Vertrag, zur Aussöhnung, zum Frieden, ist ein Bekenntnis zur deutschen Gesamtgeschichte.

Ein klares Geschichtsbewußtsein duldet keine unerfüllbaren Ansprüche. Es duldet auch nicht jene "geheimen Vorbehalte", vor denen der Ostpreuße Immanuel Kant in seiner Schrift "Zu ewigen Frieden" gewarnt hat.

Wir müssen unseren Blick in die Zukunft richten und die Moral als politische Kraft erkennen. Wir müssen die Kette des Unrechts durchbrechen. Indem wir dies tun, betreiben wir keine Politik des Verzichts, sondern eine Politik der Vernunft.

Der Vertrag zwischen Polen und uns - ein Vertrag, wie er amtlich heißt, über die "Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen" - ersetzt keinen formellen Friedensvertrag. Er berührt nicht die Rechte und die Verantwortlichkeit der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes. Er setzt frühere vertragliche Verpflichtungen weder der einen noch der anderen Seite außer Kraft.

Ich unterstreiche dies ausdrücklich, denn es bleibt natürlich dabei, daß unsere aktive Mitwirkung in den westeuropäischen Gemeinschaften und unsere festverankerte Stellung im Atlantischen Bündnis die Grundlage bildet, von der aus wir uns um ein neues, besseres Verhältnis zu den osteuropäischen Völkern bemühen.

Erst aus diesem Gedankenzusammenhang wird klar, was dieser Vertrag für den Frieden bedeutet, für die geteilte deutsche Nation und für ein geeintes Europa, ein Europa, das nicht durch Deklamationen, sondern nur durch zielbewußte Arbeit geschaffen werden kann.

Nichts ist heute wichtiger als die Herstellung eines gesicherten Friedens. Dazu gibt es keine Alternative. Frieden ist nicht möglich ohne europäische Solidarität.

Alles was uns diesem Ziele näherbringt, ist ein guter Dienst an unserem Volk und vor allem ein Dienst für die, die nach uns kommen".